

Die perfiden Mittel, mit denen die Euro-Bank über den Volkswillen hinwegregiert, am Beispiel Irlands (Teil 1)

von Norbert HÄRING, 10.02.2016

URL: <http://norberthaering.de/de/27-german/news/549-ezb-irland-1>

Eine parlamentarische Untersuchungskommission in Irland hat in einem langen Report nachgezeichnet, mit welchen undemokratischen und perfiden Mitteln die Europäische Zentralbank (EZB) zwei irische Regierungen gezwungen hat, zugunsten deutscher und französischer Banken die privaten Schulden der irischen Banken den Bürgern Irlands gegen deren Willen aufzuladen. Es ist ein Lehrstück.

Ende Januar hat die Untersuchungskommission des irischen Parlaments ihren zweibändigen Bericht vorgelegt (1). Darin bezichtigt sie indirekt zwei EZB-Präsidenten, Jean-Claude Trichet und Mario Draghi der Lüge, denn diese hatten jeweils gesagt, die irische Regierung habe allein entschieden und zu verantworten, dass die Steuerzahler die privaten Schulden irischer Banken übernehmen mussten. Die EZB habe sie nicht gezwungen. Das war gelogen, es sei denn, man akzeptiert auch die Erklärung eines Geiselnahmers, er habe niemand gezwungen, Lösegeld zu zahlen, das sei ganz allein dessen Entscheidung gewesen.

Zu Beginn betont der Bericht des Untersuchungsausschusses, dass die EZB sich einer Zusammenarbeit verweigerte. Sie fühlt sich den Volksvertretern einer Nation gegenüber nicht verantwortlich, obwohl etwa der Vizedirektor der Europaabteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF), Ajai Chopra, der beim IWF die Konzeption und Überwachung des irischen Troika-Programms für Irland verantwortete, vor dem Ausschuss aussagte (alle Zitate meine Übersetzung):

„Die EU und die EZB stellen oft europaweite Belange über das, was aus Sicht des einzelnen Landes angemessen ist. Das offensichtliche Beispiel ist die Lastenteilung mit vorrangigen, nicht-besicherten Anleihegläubigern (Irlands), bei der die europäischen Institutionen sich auf europäische Belange konzentrieren, selbst wenn das eine höhere Belastung für irische Steuerzahler und eine höhere irische Staatsschuld bedeutete...und ... es ist verständlich, dass es in Irland eine starke Meinung gibt, dass die Lastenteilung zwischen den irischen Steuerzahlern und den Bankengläubigern unfair war.“

Der IWF-Mann stellte auch fest, dass die EZB die Ansteckungsgefahr aus Sicht des IWF stark übertrieben habe.

Die irische Seite schätzt, dass man den Anleihegläubigern legaler- und praktikablerweise Verluste von knapp 10 Mrd. Euro hätte zumuten können. Entsprechend niedriger wären die Schulden ausgefallen, die der Staat für die Bankenrettung hätte aufnehmen müssen. Es sind Kosten von etwa 1500 Euro pro Einwohner, die die EZB den Iren aufzwang, um die Gläubiger der irischen Banken, vor allem deutsche und französische Finanzinstitute vor Verlusten zu bewahren.

Wie die EZB das tat ist äußerst bemerkenswert. Es zeigt, dass eine Regierung, die die Kontrolle über das nationale Finanzsystem an die EZB abgegeben hat, dieser auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist.

Es fing an im Oktober 2010. Die EZB schrieb der irischen Regierung einen Brief, in

dem sie eine Fortsetzung der Gewährung von Notliquidität an die irischen Banken unter anderem von einem wirtschaftspolitischen Anpassungsprogramm abhängig machte. Ende des Monats reiste Finanzminister Lenihan mit einigen Beamten nach Brüssel um mit der EU-Kommission und der EZB zu reden. **Finanzstaatssekretär Kevin Cardiff** beschrieb das so:

„Den ersten Teil des Treffens bestritt die EU-Kommission allein, um die Fiktion aufrecht zu erhalten, dass die EZB nur dabei sei, um über Bankangelegenheiten zu reden.“

Dann seinen **Jügen Stark** und **Klaus Masuch** dazugekommen. Sie hätten einen Restrukturierungsplan für den Bankensektor gefordert, der von Haushaltskürzungen („Anpassungen“ im EZB-Neusprech) begleitet werden müsse.

Der damalige **Ministerpräsident Brian Cowen** berichtet, der EZB-Rat habe am 2. November 2010 entschieden, er könne die hohen Kredite an die irischen Banken nicht mehr aufrechterhalten. Am selben Tag hätten Quellen aus der EZB und der EU in Hintergrundgesprächen mit Medienvertretern Berichte in die Welt gesetzt, wonach Irland ein Rettungsprogramm brauchen werde, und dass die Gespräche darüber bereits liefen. Die irische Seite sei alles andere als erfreut gewesen, derart unter Druck gesetzt zu werden, indem die Medien genutzt wurden, ihre Position zu unterminieren. „Demokratische Systeme sollten nicht darauf zurückgreifen, Reputationen zu zerstören und in anonymen Briefings Falschinformationen zu verbreiten“, sagte Cowen dem Ausschuss.

Dann setzte der irische Notenbankchef noch eins drauf. Am Wochenende des 13. und 14. November 2010 hatten zwei Minister öffentlich betont, dass die Regierung kein Rettungsprogramm bei der Troika beantragen wolle. Vier Tage später sagte **Notenbankgouverneur Patrick Honohan** in einem Telefoninterview von Frankfurt aus der irischen Öffentlichkeit, dass er erwarte, die Gespräche mit der Troika würden zu einem sehr substantiellen Rettungsprogramm führen. Honohan redete sich später damit heraus, er habe in Frankfurt nicht so recht mitbekommen, wie sich die Regierung öffentlich positioniert habe.

Minister Lenihan nahm es offenbar duldsam hin. „Der Gouverneur hat seine eigenen Zwänge. Er ist ein Mitglied der EZB. Er ist unabhängig“, soll er etwas später vor seiner Beraterin Cathy Herbert über die unerfreuliche Episode gesagt haben.

Am 20. November, nochmals zwei Tage später, bekam der Finanzminister einen Brief von **EZB-Präsident Jean-Claude Trichet** mit vier ultimativen Forderungen. Wenn diese nicht erfüllt würden, würden die ELA-Notkredite an die Banken gekappt, und diese damit effektiv geschlossen. Die Bedingungen reichten weit in die allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik hinein. Er diktierte:

"1. Die irische Regierung wird einen Antrag auf Finanzhilfe an die Eurogruppe stellen.

2. Der Antrag wird eine Selbstverpflichtung zu entschiedenem Handeln enthalten, auf den Gebieten der fiskalischen Konsolidierung, struktureller Reform und Restrukturierung des Finanzsektors in Übereinstimmung mit der EU-Kommission, dem Internationalen Währungsfonds und der EZB.

3. Der Plan für die Restrukturierung des irischen Finanzsektors wird die Bereitstellung des nötigen Kapitals an die irischen Banken beinhalten, die dieses brauchen, und wird aus den finanziellen Mitteln bestritten, welche die irische Regierung von der europäischen und internationalen Ebene erhält, sowie aus den Mitteln die der irischen Regierung derzeit zur Verfügung stehen, einschließlich der Barreserven der irischen Regierung.

4. Für die Rückzahlung der Mittel, die in Form von ELA gewährt wurden, garantiert die irische Regierung in vollem Umfang, was die Bezahlung sofortiger Kompensation an die Zentralbank von Irland im Fall einer ausbleibende Zahlung von einer Empfängerbank sicherstellt."

Über vier Jahr lang hielt die EZB den Brief geheim. Als sie ihn im November 2014 veröffentlichte, log **Trichets Nachfolger Mario Draghi** ganz ungeniert: „Die Entscheidung, um ein Programm zu bitten, war die Entscheidung der Regierung. Die EZB hat die Regierung nicht gezwungen.“

Ganz so, als hätte die EZB nicht die Stimmung an den Märkten gegen Irland aufgeheizt, damit die Regierung nach diesem Ultimatum gar nicht anders konnte, als am Sonntagabend das Kabinett Trichets Forderungen absegnen zu lassen, damit die Banken am Montag noch öffnen konnten. Trichet redete sich vorher und nachher auf die gleiche verlogene Art heraus. Dabei hatte er in seinem Schreiben zur Sicherheit auch noch betont, dass der EZB-Rat auch die normale EZB-Finanzierung für irische Banken kritisch verfolge und auch diese jederzeit einschränken könne. **Das diene wohl dazu, Lenihan klar zu machen, dass es sich nicht lohnte, überhaupt darüber nachzudenken, ob man vielleicht auch ohne die ELA-Notfallkredite zu recht kommen könnte, weil die EZB auch die gesamte Refinanzierung kappen könnte.**

Minister Lenihan schrieb noch am Sonntagabend an Trichet:

„In Bezug auf die Punkte (1) bis (4) Ihres Briefes möchte ich Sie informieren, dass die Regierung heute beschlossen hat, um Zugang zu den europäischen und internationalen Unterstützungsmechanismen nachzusuchen. Diese gravierende und schwerwiegende Entscheidung wurde getroffen im Lichte der Entwicklungen, die ich oben beschrieben habe, und geleitet (informed) durch Ihre jüngsten Mitteilungen und den Rat, den Sie mir in den letzten Tagen persönlich und in höflicher Weise zukommen ließen.“ (2)

Fortsetzung folgt: Dabei wird es vor allem um die Alternative gehen, die die EZB mit allen Mitteln verhinderte, dass man nämlich die Bankengläubiger statt der irischen Bevölkerung hätte bluten lassen.

Die perfiden Mittel, mit denen die Euro-Bank über den Volkswillen hinwegregiert (Teil 2): Eine Bombe in Dublin

Norbert HÄRING, 11.02.2016

URL: <http://norberthaering.de/de/27-german/news/550-ezb-irland-2>

Die Untersuchungskommission des irischen Parlaments ermittelte, dass die Regierung in Betracht gezogen hatte, Anleihegläubiger der Insolventen Banken

leer ausgehen zu lassen, und dass der Internationale Währungsfonds (IWF) dies unterstützte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) vereitelte jedoch, um die deutschen und französischen Banken vor Verlusten zu schützen, auf äußerst rabiante Weise jeden Versuch in diese Richtung.

Der irische Notenbankpräsident Patrick Honohan sagte der Kommission zu solchen Plänen (alle Zitate meine Übersetzung):

„Es erschien zweifelhaft, ob das hätte erfolgreich umgesetzt werden können. Zum Beispiel hätte Druck von der EZB leicht dazu führen können dass eine entsprechende Entscheidung wieder hätte zurückgenommen werden müssen, auf ein Weise, die dazu geführt hätte, dass der Staat weiter diese Verbindlichkeiten (der Banken) begleicht, aber trotzdem den Verlust an Vertrauen des Marktes erleidet, weil er vorher die Zahlungsunfähigkeit (der Banken) erklärt hat.“

Der IWF dagegen war laut der Aussage von dessen Programmverantwortlichem Ajai Chopra, dafür, die Anleihegläubiger der Banken Verluste tragen zu lassen. Der damalige Finanzstaatssekretär Kevin Cardiff sagte zur Haltung der EZB:

„... das wichtigste Thema wurde eine mögliche Ansteckung ... Sie (EU-Kommission und EZB) hatten sehr große Sorge dass es die Banken des Euroraums und deren Refinanzierung belasten würde, wenn man Haltern irischer Bankanleihen Verluste zumuten würde.“

Dem hielt der IWF laut Ajai Chopra entgegen:

“Der IWF-Stab war der Meinung, dass man das berücksichtigen müsse, dass es aber von den Märkten bereits antizipiert sei und dass es, wenn man es im Kontext eines Programms täte, in dem die Regierung ohnehin den Zugang zu den Finanzmärkten verloren hätte, durchaus etwas wäre, womit die Märkte umgehen können sollten, und selbst wenn nicht, hätte es Mechanismen gegeben, um der Ansteckung entgegenzuwirken.“

Damit hatte er sehr Recht. Trotz des Verzichts auf Gläubigerbeteiligung an den Kosten der Bankenrettung schossen später die Anleiherenditen von Portugal, Spanien und Italien extrem nach oben. Allein der berühmte Satz von EZB-Präsident Mario Draghi, die EZB werde tun, was immer nötig sei, machte dem ein Ende.

Chopra sagte weiter: “Jüngere Forschungsergebnisse bestätigen die Ansicht, dass die Ansteckungsrisiken übertrieben dargestellt wurden.“ Der IWF vermittelte der irischen Regierung sogar einen spezialisierten Anwalt, der sie dabei beraten sollte, wie man die Lastenteilung mit den Gläubigern rechtssicher darstellen könne.

Alle Zeugen bestätigten, dass die EZB eine Gläubigerbeteiligung an den Verlusten der Banken ultimativ ablehnte und diese vor allem deshalb nicht weiter verfolgt wurde. In dem mit der Troika vereinbarten Programm wurde eine Gläubigerbeteiligung allerdings nicht explizit ausgeschlossen, sondern nur nicht erwähnt. Als am 11. März 2011 eine neue Regierung gewählt wurde, verfolgte diese das Thema von neuem. Die EZB machte jedoch nach Angaben von Finanzstaatssekretär Cardiff sehr deutlich, dass die Regierung, wenn auch nur die geringste Gläubigerbeteiligung an den

Verlusten beschlossenen würde, nicht mehr auf die öffentliche Unterstützung der EZB zählen könne. Die Regierung meinte jedoch, ein unterstützendes Statement der EZB für ihre Pläne zur Bankensanierung und Restrukturierung unbedingt zu brauchen.

Finanzminister Noonan zufolge waren die mögliche Beteiligung der Anleihegläubiger wegen zwischenzeitlich ausgesprochener Garantien auf 3,7 Mrd. Euro gesunken. In der Abwägung habe man entschieden, dass mögliche Einsparungen von 3,7 Mrd. Euro die verheerende Wirkung eines öffentlichen Entzugs der Unterstützung der EZB für Irland nicht aufwögen und verzichtete auf jegliche Gläubigerbeteiligung.

Die Wahl, vor die EZB-Präsident Jean-Claude Trichet die irische Regierung stellte, war vor allem in der Wortwahl bemerkenswert. Laut Minister Noonan sagte Trichet in zwei Telefongesprächen am 31. März 2011 folgendes:

*„Es könnte sein, dass es nicht mehr möglich sein wird, für die Leute in der Finanzbranche in Irland und insbesondere in Dublin, sich am Markt zu refinanzieren, wenn sie in einem Land sitzen, das Konkurs erklärt hat. ... Er sagte, wenn Ihr das tut, **wird eine Bombe hochgehen**, und es wird nicht hier sein, es wird in Dublin sein.“*

Bei einem späteren Auftritt am Institute of International and European Affairs at the Royal Hospital Kilmainham, stritt Trichet darauf angesprochen die Metapher der Bombe nicht ab und erklärte mit nicht geringer Chuzpe, um nicht zu sagen Verlogenheit:

„Was ich in der Tat sagte, ist, dass wir das im EZB-Rat diskutiert haben und das es unklug wäre, das zu tun. ... Wir teilten der irischen Regierung lediglich die Meinung des EZB-Rats mit. Die Regierung Irlands ist verantwortlich. Die Regierung Irlands trifft die Entscheidungen.“

Für den Hintergrund ist noch interessant, dass Trichet damals Mitglied in der **Group of Thirty (G30)** (3) war, deren Vorsitzender er heute ist. Sein Nachfolger Mario Draghi ist ebenfalls Mitglied in dieser Gruppe. **In dieser diskutieren** – nach eigener Darstellung - regelmäßig die wichtigsten **Notenbanker hinter verschlossenen Türen mit Spitzenmanagern wichtiger internationaler Finanzinstitute** „die internationalen Auswirkungen von Entscheidungen des öffentlichen und privaten Sektors und ... **die Politikoptionen**.“ Der Umgang mit irischen Bankschulden wird sicherlich ein Thema für vertiefte Diskussionen in der G30 gewesen sein. **Dass bei solchen konspirativen Sitzungen der Notenbanker mit ihren Schützlingen in der privaten Bankbranche eher etwas herauskommt, was die Boni der Banker und die Dividenden der Bankaktionäre schützt als etwas, das die Interessen der Bürger wahrt, verwundert nicht.**

Links

(1) <https://inquiries.oireachtas.ie/banking/wp-content/uploads/2016/01/02106-HOI-BE-Report-Volume1.pdf>

(2) http://www.ecb.europa.eu/press/shared/pdf/2010-11-21_Letter_IE%20FinMin_to_ECB_%20President.pdf?55824fbfa0633d1cb9b52acd61713b7f

(3) <http://www.group30.org>